

Wahlvorbereitungen umstritten

Die UN-Übergangsbehörde (UNTAC) hat Anfang Oktober die Registrierung der Wähler für die nach dem Pariser Friedensabkommen vorgesehene Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung eingeleitet. Die Registrierung wird von 40.000 kambodschanischen Offiziellen unter Beobachtung von 400 UNTAC-Mitarbeitern durchgeführt und soll bis zum 31.12. abgeschlossen werden. Voraussetzung für diese Etappe des Friedensprozesses war

nach dem Pariser Abkommen die Demobilisierung von 70 Prozent der bewaffneten Einheiten der vier kambodschanischen Fraktionen. Trotz Nichterfüllung dieses Punktes beschloß der UN-Sicherheitsrat, die Wahl spätestens für den 31.5.1993 vorzubereiten.

Die Khmer Rouge (KR) haben erklärt, daß sie an Wahlen nicht teilnehmen, solange die nach dem Pariser Abkommen vereinbarte "neutrale politische Umgebung" nicht sicherge-

stellt sei. Zur Zeit häufen sich Berichte über die Behinderung Oppositioneller und die Einschüchterung von Wählern. Unter anderem war es der Partei der Sihanoukisten nicht möglich, außerhalb Phnom Penhs ein Büro zu eröffnen.

Die Khmer Rouge haben außerdem das mit Unterstützung von UNTAC-Chef Aqkashi auf einer Sitzung des Obersten Nationalrats (SNC) im August angenommene Wahlrecht abgelehnt und als Verletzung des Pariser Abkommens gewertet. Wahlberechtigt sein soll jeder Kam-

bodschaner ab 18, der wenigstens einen in Kambodscha geborenen Elternteil hat. Die KR befürchten, daß so das Wahlergebnis durch die von ihnen auf fast 2 Mio. bezifferten vietnamesischen Siedler beeinflusst werde. Der Gegenvorschlag der KR sieht vor, daß ein Elternteil des Wahlberechtigten vor dem Einmarsch der Vietnamesen (1979) die kambodschanische Staatsbürgerschaft besessen haben muß.

vgl. *The Independent* 5.10.92, taz 21.11.92, *Times* 21.9.92, BP 14.8.92

Geänderter Friedensprozeß ohne Khmer Rouge

Nach wie vor verweigern die Khmer Rouge (KR) die Entwaffnung von 70 % ihrer Kämpfer sowie den ungehinderten Zugang der UN-Übergangsbehörde (UNTAC) zu den von ihnen kontrollierten Zonen. Neben einzelnen Verletzungen des Waffenstillstandes hat die UNTAC Ende November beobachtet, daß Truppen des Phnom Penh-Regimes in Richtung KR-Zone vorrücken. Die KR sollen ebenfalls Vorbereitungen für neue Kämpfe getroffen haben.

Während die Regierung in Phnom Penh vorgibt, in "Selbstverteidigung" KR-Eroberungen zurückzugewinnen, verneint UNTAC-Kommandeur Sanderson große Verschiebungen in den letzten Monaten. Beide Seiten versuchen vor allem, durch militärische Aktivitäten ihre politische Verhandlungsposition zu stärken.

Der UN-Sicherheitsrat hat im November den KR eine neue Frist zur Rückkehr zum Friedensprozeß bis Ende Ja-

nuar gesetzt und bekräftigt, daß in jedem Fall bis zum 31.5.93 Wahlen stattfinden sollen. Mit Ausnahme von China wollen die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates als erste Sanktion gegen die KR Treibstofflieferungen einstellen.

Die KR begründen die Ablehnung der Demobilisierung ihrer Kämpfer damit, daß die im Pariser Friedensabkommen dafür genannten Voraussetzungen immer noch nicht erfüllt seien. Laut Abkommen sollen "alle ausländischen Kräfte, Berater und militärische Mannschaften" (Art. 8) abge-

zogen werden und der Oberste Nationalrat (SNC) "die einzige rechtmäßige Körperschaft und Quelle von Amtsgewalt in Kambodscha" (Art. 3) sein. Bisher sei weder der Rückzug der Vietnamesen kontrolliert und verifiziert, noch habe der SNC reale Macht erhalten. Die Führung der KR fordert die Einhaltung aller Punkte des Pariser Abkommens. Ihre frühere Forderung nach völliger Auflösung des Phnom Penh-Regimes als Voraussetzung für die Rückkehr zum Friedensprozeß haben sie fallengelassen.

vgl. *SZ* 19., 26.11.92; *TAZ* 17.11.92; *Le Monde* 9.9.92

Neue vietnamesische Siedler seit Friedensabkommen

Inbesondere seit Ankunft der UN-Soldaten sollen zahlreiche Vietnamesen nach Kambodscha gekommen sein: vor allem Handwerker, Händler, Bauarbeiter und Prostituierte. Angelockt durch die Zahlungskraft der UNTAC-Angehörigen kommen die meisten ohne Paß und Visum, können jedoch kambodschanische Ausweise für 10.000 Riel (ca. 8 DM) erwerben. Die neuen Einwanderungen werden von den KR als Verstoß gegen das Pariser Abkommen betrachtet, wonach die Siedlerfrage von der künftigen Regierung in Verhandlungen mit Vietnam gelöst werden soll. Khieu Samphan forderte die Einrichtung eines SNC/UNTAC-Komitees zu diesem Problem.

Die KR treffen nach Ein-

schätzung mehrerer Beobachter mit ihrer anti-vietnamesischen Propaganda starke Ressentiments gegen Vietnam bei der Bevölkerung. Die neuen Oppositionsparteien vertreten ähnliche Positionen: Son Sann, als KPNLF-Führer im SNC, fordert z.B., alle seit 1979 eingewanderten Vietnamesen in Lagern zu sammeln und auszuweisen.

vgl. *The Independent*, 14.10.92; *FAZ*, 24.9.92; *Le Monde* 22.10.92; *Khieu Samphan: Intervention sur les forces étrangères, résidents et immigrants étrangers* (20.10.92)

Kambodschaner unzufrieden mit UNTAC

Nach anfangs euphorischen Erwartungen gibt es nach einem internen UN-Bericht wachsende Unzufriedenheit gegenüber der UNTAC unter

den Kambodschanern in Phnom Penh. Während die Bevölkerung immer noch optimistisch in Hinblick auf den Friedensprozeß sei, werde die UNTAC für die reale Verschlechterung des Lebens seit Ankunft der UN-Truppen verantwortlich gemacht. Zunehmende Unsicherheit in der Stadt würde in Verbindung mit der auf UN-Druck erfolgten Freilassung Gefangener gebracht; außerdem hätten zur Demobilisierung erschienene Regierungssoldaten nur alte Waffen abgegeben, so daß sie während der von der UNTAC erlaubten "Landgänge" außerhalb der UN-Kasernen an Gewaltverbrechen beteiligt seien. Die UNTAC werde auch mit der Korruption und dem Verkehrschaos in Verbindung gebracht. Einige UN-Soldaten behandelten alle Frauen wie Prostituierte.

vgl. *FEER*, 22.10.

UNTAC kontrolliert Zentralbank

Um die weitere Ausgabe neuer Banknoten durch Phnom Penh zu stoppen, hat die UNTAC ihrem Finanzberater Roger Lawrence die Verantwortung für die kambodschanische Nationalbank übertragen. Das Regime erhöhte allein im ersten Halbjahr 1992 die Geldzirkulation um 51 %, vor allem, um Löhne von Regierungsangestellten und Soldaten zu zahlen. Die Inflation betrug in den ersten sieben Monaten des Jahres mehr als 130 %. Die Entwicklung hat zu einer dramatischen Öffnung der Kluft zwischen arm und reich geführt.

vgl. *FEER* 15.10.92